

Hintergrund-Dossier

Schutzzone von Nora Bossong

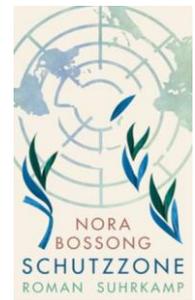
Orte

Burundi

»Wenn wir ganz scheiterten, wenn wir uns aus dem Land zurückzogen, wenn wir Burundi aufgaben oder die Regierung uns, dann war noch mehr verloren, als bereits verloren war. Natürlich wollten einige nicht, dass die Opposition zurückkehrte. Natürlich waren freie Wahlen sinnlos, solange es nur eine Partei gab. Natürlich stank der Optimismus, den ich zwischen den fünf Leichen auszubreiten hatte.«

Burundi, einer der kleinsten Staaten Afrikas, liegt zwischen dem Victoriasee und dem Tanganjikasee im Osten des Kontinents und erlangte 1962 seine Unabhängigkeit. Vorangegangen war die jahrzehntelange koloniale Herrschaft durch Deutschland und Belgien, gegen die sich eine anti-koloniale Freiheitsbewegung formiert hatte, in der Louis Rwagasore eine Schlüsselrolle zugekommen war. 1961 wurde Rwagasore zum Ministerpräsidenten gewählt, doch nach nur zwei Wochen im Amt wurde er ermordet. Die Hintergründe der Tat sind bis heute ungeklärt und die Geschichte Burundis bleibt seither von Gewalt und Auseinandersetzungen entlang ethnischer Linien zwischen der Hutu-Mehrheit und der Tutsi-Minderheit geprägt, die während der Kolonialzeit überformt und verstärkt wurden. Während die Tutsi über Jahrzehnte die Wirtschaft und Politik des Landes dominierten, kam es im Jahr 1972 zu einem missglückten Putschversuch durch die Hutu, in Folge dessen schätzungsweise zwischen 100.000 und 250.000 Hutu ermordet wurden.

Nach einem Massaker an den Tutsi im Jahr 1988 tötete die Tutsi-dominierte Armee Burundis zehntausende Hutu. Schließlich kam es zu den ersten demokratischen Wahlen nach der Unabhängigkeit Burundis im Jahr 1993: Die Wahl wurde von der hauptsächlich durch Hutu unterstützten Partei FRODEBU gewonnen und [Melchior Ndadaye](#) zum Präsidenten gewählt. Damit herrschte zunächst ein vermeintliches Gleichgewicht zwischen den Bevölkerungsgruppen auf nationaler Ebene – doch nur 100 Tage nach der Wahl wurde Ndadaye bei einem Putschversuch von Tutsi-Militärs getötet und das Land verfiel erneut in politisches Chaos. In den auf den Putschversuch folgenden Racheakten kamen schätzungsweise 50.000 Menschen ums Leben und die gewalttätigen Auseinandersetzungen mündeten in einen Bürgerkrieg. Amnesty International zufolge sind in Burundi seit Ende des



Jahres 1993 fast 100.000 Menschen getötet worden – dennoch war medial selten von einem Völkermord die Rede. Mit der Unterzeichnung des [Abkommens von Arusha im Jahr 2000](#) konnten die langjährigen Kämpfe zwischen den Konfliktparteien unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen schließlich beendet werden.

Als der seit 2005 amtierende Präsident [Pierre Nkurunziza](#) im Jahr 2015 jedoch eine verfassungswidrige dritte Amtszeit anstrebte, kam es in Burundis Hauptstadt Bujumbura wieder zu Ausschreitungen, Gewalt und einem erneuten Putschversuch gegen den Präsidenten, den dieser gewaltsam niederschlagen ließ. Die Regierung unter Nkurunziza reagierte mit Repression und ging massiv gegen Oppositionelle, Journalistinnen und Journalisten vor. 430.000 Menschen flohen aus Angst vor einem erneuten Bürgerkrieg in Anrainerstaaten, tausende verloren ihr Leben. Während das Regime behauptet, Burundi sei nach den Konflikten wieder stabil und friedlich, kam es der UN zufolge zu Entführungen, rund 10.000 politische Gefangene erlitten Folter und Menschenrechtsverletzungen. Unterdessen ist Nkurunziza weiterhin im Amt und nutzt die Auseinandersetzungen, die längst über ethnische Dimensionen hinausgehen und viel mehr politische und sozio-ökonomische Probleme adressieren, um das Land weiter zu einem Einparteiensstaat umzubauen. Burundi, eines der ärmsten Länder der Erde, erlebt derweil eine schwere wirtschaftliche Rezession, ein Viertel der Bevölkerung des Landes ist auf humanitäre Hilfe angewiesen.

Weitere Informationen zu Burundi:

- [ARTE: Das Trauma des Bürgerkriegs](#)
- [Bundeszentrale für politische Bildung: Innerstaatliche Konflikte in Burundi](#)
- [DIE ZEIT: Heftige Kämpfe nach Putschversuch gegen den Präsidenten](#)
- [Nobel Women's Initiative: Interview mit Ketty Nivyabandi](#)
- [ofafricamag.com: »My life as a Burundian activist in exile« – Ketty Nivyabandi](#)
- [jeuneafrique.com: Gaël Faye - »La littérature ne s'est jamais vraiment emparée du Burundi«](#)
- [jeuneafrique.com: Le Burundi doit regarder son passé en face](#)

Kongo

»Sie wissen, dass da vorne der Kongo beginnt, sagte eine Mitarbeiterin des Ehrengasts und zeigte nach Norden, womit sie Westen meinte, aber woher sollte sie auch die Himmelsrichtungen hier kennen, und der Kongo, das ist kein Staat mehr, Kinshasa ist wie ein abgetrennter Kopf, die Lider bewegen sich nur noch durch Muskelreflexe!«

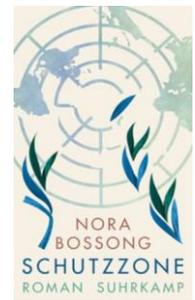
Die Demokratische Republik Kongo, von 1971 bis 1997 unter Mobutu Sese Seko in Zaire umbenannt, ist das drittgrößte Land Afrikas und gilt als eine der konfliktreichsten Regionen



der Welt. Seine Territorien waren bis zur seiner Unabhängigkeit 1960 von Belgien, Frankreich und Portugal besetzt und im Anschluss an die Kolonialzeit prägten autoritäre Regime und Kriege das Land. Seit 1993 kommt es immer wieder zu bewaffneten Kämpfen zwischen Gruppen der Hutu und Tutsi, die ihren blutigen Höhepunkt im Völkermord im Nachbarland [Ruanda](#) fanden. Als in Folge dieses Genozids Hunderttausende Hutu, unter denen sich der UN zufolge zwischen 40.000 und 100.000 für den Völkermord verantwortliche *Génocidaires* befunden haben sollen, nach Zaire flohen, begann die Situation im Spätsommer 1996 auch hier zu eskalieren. Die nach Zaire Geflüchteten begannen, sich mit den vor Ort lebenden Hutu zu verbinden und es kam zu Übergriffen auf die dort lebenden Tutsi, woraufhin sich lokale Tutsi-Milizen bildeten. Im ersten Kongokrieg wurde der diktatorisch regierende Mobutu schließlich unter der Beteiligung der Streitkräfte mehrerer Nachbarstaaten durch das Bündnis zwischen der *Alliance des Forces Démocratiques pour la Libération du Congo* (AFDL) im Jahr 1997 gestürzt. Es entstanden ein Machtvakuum – eine instabile politische und gesellschaftliche Ordnung, Korruption und institutionelle Gewalt gegen die Zivilbevölkerung waren die Folge.

In den vergangenen 20 Jahren hat sich der Konflikt über Landesgrenzen hinweggesetzt und verschiedene und teils verfeindete Rebellengruppen sind in der Region Ruanda, [Burundi](#), Uganda und Angola aktiv. Um die Rebellengruppen zu neutralisieren und sich durch militärische Präsenz gleichzeitig lokale Bodenschätze zu sichern, haben Ruanda und Uganda mehrmals in den Kongo interveniert. 1998 kam es zum Zweiten Kongokrieg, der auch als afrikanischer Weltkrieg bezeichnet wird, in dem sich verschiedene Rebellengruppen (unter anderem auch die *Forces Démocratiques de Libération du Rwanda* (FDLR)), die kongolesische Regierung unter Präsident Laurent-Désiré Kabila und die Streitkräfte zahlreicher Nachbarstaaten gegenüberstanden.

Die Vereinten Nationen riefen Ende 1999 die Mission für die Stabilisierung in der Demokratischen Republik Kongo (MONUSCO) ins Leben, die die Waffenruhe beobachten und Hilfstransporte erleichtern sollte. Die UN-Mission verstand sich dabei als Partnerin der kongolesischen Regierungsarmee FARDC, weshalb es zu wiederholten Angriffen auf die UN-Mission durch Rebellen kam. Zwischen 1998 und 2003 kamen vier Millionen Menschen ums Leben, schließlich endete der Krieg damit, dass sich die Kriegsparteien auf eine Übergangsregierung einigen. Die Demokratische Republik Kongo konnte sich vorerst weitgehend stabilisieren. Schon bald darauf, im Jahr 2006, kam es jedoch kurz nach der Wahl zu Schießereien unweit der Residenz des Vizepräsidenten Jean-Pierre Bemba – und auch im Osten des Landes wurde wieder gekämpft: Im sogenannten Kivu-Krieg bzw. Dritten Kongokrieg standen sich die Rebellorganisation *Congrès national pour la défense du peuple* (CNDP) und die kongolesischen Regierungstruppen FARDC gegenüber. Bis 2008 lieferten sich die nationale Armee und Truppen ruandischer und lokaler Milizen, die nicht am Friedensprozess beteiligt worden waren, erbitterte Kämpfe. Am stärksten betroffen von den Kriegshandlungen waren die Provinzen Nord- und Süd-Kivu im Osten der Republik. Hunderttausende Menschen wurden aus ihren Dörfern vertrieben.



Als der militärische Anführer der CNDP gestürzt wurde, wurde die CNDP im Rahmen eines Friedensvertrags 2009 als politische Partei anerkannt und ihre Soldaten in die Armee der kongolesischen Regierung eingegliedert. 2012 spaltete sich nach einer Rebellion ehemaliger CNDP-Mitglieder innerhalb der kongolesischen FARDC-Armee die Gruppe M23 ab, benannt nach dem Unterzeichnungsdatum des Friedensvertrags vom 23. März 2009, und warf der FARDC vor, sich nicht an das geschlossene Abkommen zu halten. Die Gruppe M23 schaffte es zeitweise, die ostkongolesische Provinzhauptstadt Goma einzunehmen, bis Ende 2013 kontrollierte die Gruppe Teile der Provinz Nord-Kivu. Die Vereinten Nationen gehen dabei davon aus, dass die M23 von der ruandischen Regierung unterstützt wird. Unterdessen dauert die UN-Friedensmission weiter an; neben der politischen Instabilität sorgt auch die seit einem Jahr anhaltende Ebola-Epidemie in der Demokratischen Republik Kongo für Konflikte.

Weitere Informationen zur Demokratischen Republik Kongo:

- [Rede des Nobelpreisträgers Dr. Denis Mukwege vor den Vereinten Nationen \(youtube.com\)](#)
- [Tagesschau.de: Vergessener Bürgerkrieg im Ost-Kongo](#)
- [Süddeutsche Zeitung: Kämpfe im Kongo – Konflikt im toten Winkel](#)
- [taz: Ebola-Epidemie in Kongo – Kein Ende in Sicht](#)
- [Stephan Hilpert: Congo Calling \(Dokumentarfilm-Trailer\)](#)
- [Joel Karekezi: The Mercy of the Jungle \(Filmtrailer\)](#)

Ruanda

»Zweihundertachtzig französische Soldaten waren in der Nacht in Kigali gelandet, las der Nachrichtensprecher von seinem Blatt, sie hatten die Kontrolle über den Flughafen übernommen, würden mit der Evakuierung ihrer Landsleute beginnen, und das Leder des Sofas wärmte sich langsam unter meiner fiebrigen Haut. Die Unruhen hatten sich erst entspannt, waren dann wieder heftiger geworden, in Burundi standen amerikanische Soldaten bereit.«

Die ethnischen Spannungen in Ruanda gehen nicht unwesentlich auf die Kolonialisierung durch Deutschland und Belgien zurück: Die Ungleichbehandlung der verschiedenen Bevölkerungsgruppen durch die Kolonialmächte befeuerte die ethno-soziale Spaltung zwischen der dominierenden Tutsi-Minderheit und der Hutu-Mehrheit. Die Spannungen wuchsen sich im Jahr 1990 zu einem Bürgerkrieg aus; nach langwierigen Verhandlungen konnte drei Jahre später, im Jahr 1993, das [Friedensabkommen von Arusha](#) geschlossen werden. Trotz der Bemühungen der UN mündete der Bürgerkrieg in Ruanda schon kurze Zeit später in einen Völkermord. Als Hauptauslöser für den Genozid gilt die Ermordung des ruandischen Präsidenten [Juvénal Habyarimana](#): Er starb am 6. April 1994 beim Abschuss eines



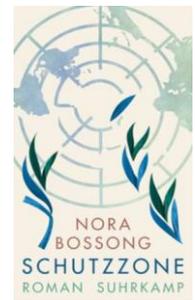
Flugzeugs, in dem er sich zusammen mit dem damaligen burundischen Präsidenten Cyprien Ntaryamira befand und welches gerade zur Landung auf den Flughafen der ruandischen Hauptstadt Kigali angesetzt hatte. Lange Zeit hatte man angenommen, dass die Präsidentenmaschine von den damaligen Tutsi-Rebellen, die den heutigen ruandischen Präsidenten Paul Kagame unterstützen, abgeschossen worden war. Im Jahr 2012 kam der Bericht eines französischen Untersuchungsrichters jedoch zu dem Ergebnis, dass die Raketen vom Kanombe-Hügel abgefeuert worden sein sollen, auf dem sich das Hauptquartier der Präsidentengarde Habyarimanas befand. Demnach könnte der Anschlag auf den Präsidenten aus seinen eigenen Reihen verübt worden sein.

Mit dem Attentat auf das Flugzeug und seine Insassen geriet die Situation in Ruanda außer Kontrolle, gezielte Medienhetze trieb Zivilisten zu Gewalttaten an und radikale Hutu begannen mit der massenhaften Ermordung von Tutsi und gemäßigten Hutu. Innerhalb von einhundert Tagen wurden in Ruanda schätzungsweise 800.000 Menschen umgebracht. Die anwesende UN-Blauhelmtruppe der sogenannten [Unterstützungsmission der Vereinten Nationen für Ruanda \(UNAMIR\)](#) war der Situation nicht gewachsen und auch in der Berichterstattung wurde das Wort Genozid in Bezug auf die grausamen Geschehnisse in Ruanda vermieden. 10 belgische Blauhelm-Soldaten wurden bei dem Versuch, Ruandas Premierministerin Agathe Uwilingiyimana zu schützen, entführt und ermordet.

In einem 1999 veröffentlichten Bericht der Unabhängigen Untersuchungskommission, die den Völkermord aufzuklären versucht, wird den Vereinten Nationen angesichts ihrer mangelnden Handlungsbereitschaft zu Beginn des Völkermords in Ruanda schweres Versagen vorgeworfen. Um die Ereignisse während des Genozids strafrechtlich aufzuarbeiten, wurde am 8. November 1994 der Internationale Strafgerichtshof für Ruanda geschaffen, vor dem bis heute 62 Personen verurteilt wurden.

Weitere Informationen zu Ruanda:

- [ZEIT ONLINE: Völkermord in Ruanda – Was sind schon 25 Jahre?](#)
- [Süddeutsche Zeitung: Die Welt hat aus Ruanda nichts gelernt](#)
- [AG Friedensforschung: Bericht der Unabhängigen Untersuchungskommission vom 15. Dezember 1999 zum Verhalten der Vereinten Nationen während des Völkermords in Ruanda 1994](#)
- [Die Vereinten Nationen: Der Internationale Strafgerichtshof für Ruanda \(ICTR\)](#)
- [Deutschlandfunk: Gerd Hankel dokumentiert die jüngste Geschichte Ruandas](#)
- [jeuneafrique.com: Lors du génocide des Tutsi au Rwanda, «l'ONU était au cœur d'une campagne de déni»](#)
- [jeuneafrique.com: Rôle de la France au Rwanda](#)
- [Joel Karekezi: The Mercy oft the Jungle \(Filmtrailer\)](#)



Zypern

»In Nikosia liegen die Sandsäcke seit vierzig Jahren, sagte ich. Aber sie schießen nicht mehr so oft, das ist doch was. Die Soldaten stehen nur da, schlecht gelaunt, trotzdem lassen sie dich durch. Es ist, als spielten alle nur Krieg, man vergisst leicht, dass es wirklich eine Front ist, mitten auf Zypern.«

Zypern, ehemalige Kronkolonie Großbritanniens, wurde im Jahr 1960 unabhängig, jedoch setzen sich Spannungen zwischen der zyperntürkischen und zyperngriechischen Bevölkerung bis heute fort. Im Jahr 1963/64 kam es zu bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen zwischen beiden Gruppen und nach einem Waffenstillstand beschloss der UN-Sicherheitsrat, eine Friedenstruppe auf die Insel zu entsenden, um den Konflikt zu besänftigen und weitere Kampfhandlungen zu verhindern.

1974 verschärfte sich der Zypernkonflikt jedoch erneut, als türkische Truppen das nördliche Gebiet der Insel besetzten, nachdem bekannt geworden war, dass griechische Putschisten anstrebten, Zypern an Griechenland anzuschließen. Seither ist die Insel geteilt.

Zwar wurde im Norden die Türkische Republik Nordzypern (TRNC) ausgerufen, diese wird jedoch von der internationalen Staatengemeinschaft nicht anerkannt, mit Ausnahme der Türkei. Noch immer sind mehr als 35.000 türkische Soldaten auf Zypern stationiert. Die UN-Friedensmission [United Nations Peacekeeping Force in Cyprus \(UNFICYP\)](#) befindet sich ebenfalls weiterhin vor Ort. Viele eine mögliche Wiedervereinigung betreffende Fragen bleiben weiterhin unbeantwortet – dazu gehören die zukünftige Aufteilung des Gebiets, der Abzug der türkischen Truppen, Besitzrechte und die künftige Machtteilung. Im September 2019 soll unter Vermittlung der UN erneut verhandelt werden, um die seit nun 45 Jahre andauernde Teilung der Insel zu überwinden.

Weitere Informationen zum Zypern-Konflikt:

- [Die United Nations Peacekeeping Force in Cyprus \(UNFICYP\)](#)
- [ZEIT ONLINE: Zypern-Gespräche ohne Ergebnis abgebrochen](#)
- [ZDF: Überwindung der Teilung – Zypern sucht UN-Hilfe](#)



Abkommen- und UN-Missionen

Arusha-Abkommen von 1993

»Es war das zwanzigste Jahr nach Arusha, und vor siebzehn Jahren hatte man das Tribunal gegen die Haupttäter von Ruanda eröffnet, das im Friedensvertrag festgelegt war, aber das Tribunal zu Burundi war nicht mehr als ein Punkt in Artikel 6 des zweiten Abkommens, das ins dreizehnte Jahr ging.«

Das im Jahr 1993 vereinbarte Arusha-Abkommen sollte den knapp drei Jahre zuvor ausgebrochenen Bürgerkrieg in [Ruanda](#) befrieden, indem es die gesellschaftliche und politische Spaltung zwischen den Rebellen der Ruandischen Patriotischen Front RPF bzw. FRP und der herrschenden Hutu-dominierten Regierungspartei MRND unter [Juvénal Habyarimana](#) aussöhnen sollte. Zur Durchsetzung des Abkommens entsandten die Vereinten Nationen die [Unterstützungsmission der Vereinten Nationen für Ruanda \(UNAMIR\)](#).

Weitere Informationen zum Arusha-Abkommen von 1993:

- [JournAfrica!: Friedensvertrag für Burundi – Sie müssten doch wissen, was sie tun](#)
- [AG Friedensforschung: Bericht der Unabhängigen Untersuchungskommission vom 15. Dezember 1999 zum Verhalten der Vereinten Nationen während des Völkermords in Ruanda 1994](#)
- [Das Arusha-Abkommen von 1993 auf refworld.org](#)

Arusha-Vereinbarung von 2000

»Im Verschwindenlassen, aber das wusste ich damals noch nicht, würde die Regierung noch besser werden, immer besser, erst war es das Schlagloch, in dem Sommer, in dem wir alle noch glaubten, das Schild wäre ein gutes Zeichen, in unseren Berichten lobten und beschworen wir die Erfolge des Arusha-Abkommens, die Stabilität des Landes, die Fortschritte des Demokratiefaufbaus.«

In der tansanischen Stadt Arusha wurde nicht nur [das 1993 unterzeichnete Arusha-Abkommen](#) eingegangen, das in [Ruanda](#) den Frieden sichern sollte: Im Jahr 2000 kamen auch die Konfliktparteien Burundis in Arusha zusammen, um den seit sieben Jahren andauernden Bürgerkrieg zu beenden. Unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen sollte die Vereinbarung zwischen der Tutsi-Regierung und den Vertretern der Hutu-Mehrheit die Bildung einer Übergangsregierung und eine dreijährige Übergangszeit zu demokratischen



Wahlen sicherstellen, bei der alle ethnischen Gruppen beteiligt werden sollten. Tatsächlich trat die Vereinbarung erst fünf Jahre nach ihrer Unterzeichnung in Kraft und zeigte Wirkung, indem es die starke Machtteilung abschwächte und den ethnischen Gruppen durch ein Quotensystem gleiche Mitspracherechte zusicherte. Außerdem sah es vor, die Amtszeit des Präsidenten auf zwei Legislaturperioden zu beschränken. Dieser Regelung widersetzte sich der Präsident von Burundi [Pierre Nkurunziza](#) jedoch im Jahr 2015, indem er ankündigte, ein drittes Mal zu kandidieren. Obwohl die Opposition die Wahl boykottierte, wurde Nkurunziza im Amt bestätigt.

Weitere Informationen zur Arusha-Vereinbarung von 2000:

- [Das Arusha-Abkommen von 1993 auf refworld.org](#)
- [Iwacu-burundi.org: Politicians converge on respect of Arusha Agreement spirit after 18 years](#)
- [JournAfrica!: Friedensvertrag für Burundi – Sie müssten doch wissen, was sie tun](#)
- [jeuneafrique.com: Le Burundi doit regarder son passé en face](#)

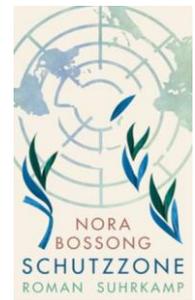
**Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Zypern
(UNFICYP)**

»Die Schutzzone von Zypern zieht sich über 180 Kilometer vom Osten der Insel bis an die Westküste, im Zentrum Nikosias misst sie nur ein paar Meter, vor der Stadt verbreitert sie sich, umfasst den alten Flughafen, verdreckte Counter, herausgerissene Sessel, so ausladend, wie man sie in modernen Terminals nicht mehr kennt, irgendwo liegt eine leere Getränkedose, die der Putzdienst nicht mehr forträumte, ehe das Gelände geschlossen wurde, und in Athienou ist die Zone sieben Kilometer breit, die Blauhelme patrouillieren, ab und an gibt es Zusammenstöße mit dem türkischen Militär, und neben einer Wasserpumpe wächst Bambus.«

Die Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Zypern (UNFICYP) befindet sich seit 1964 auf der Insel [Zypern](#) und verwaltet die zwischen dem nördlichen und dem südlichen Gebiet liegende Pufferzone. Sie überwacht den Waffenstillstand an der Grenze. Das Mandat der UNFICYP wird vom Sicherheitsrat der UN immer wieder verlängert, da noch immer keine politische Lösung im Zypern-Konflikt gefunden werden konnte.

Weitere Informationen zur UNFICYP:

- [Übersicht der Resolutionen des UN-Sicherheitsrats zur Situation in Zypern](#)



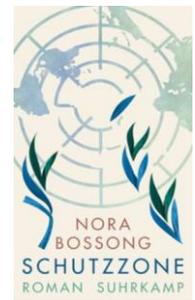
Wahrheitskommission

»Es gibt die Verschwiegenen, Stummen, Ausgesparten, die Geliebten, jene, die niemals erwähnt werden, man streicht sie aus den Protokollen oder lässt sie von vornherein aus, hängt sie mit Stoff ab, manchmal werden sie dadurch erst sichtbar, und auch wenn es vielleicht keine Wahrheit gibt und die Kommission nie in Kraft treten wird, was Antoine und ich uns nie so deutlich zu sagen getraut haben, als wir durch die Dörfer gefahren sind, gibt es doch immerhin Abstimmungen, Resolutionen, die Entscheidung, mit der Sache befasst zu bleiben, und es gibt den Wunsch zu erzählen ...«

Wahrheitskommissionen werden seit den 1980er Jahren dazu eingesetzt, massive Menschenrechtsverletzungen und politisches Unrecht aufzuarbeiten. Als Instrument der Vergangenheitsbewältigung sollen sie die Wahrheit ans Licht bringen und dokumentieren, wobei die Kommissionen sowohl in ihrer Art der personellen und administrativen Zusammensetzung, als auch im Hinblick auf ihre rechtlichen Grundlagen und Befugnisse sehr unterschiedlich gestaltet sein können. Gemeinsam ist den einzelnen Wahrheitskommissionen, dass sie sich auf die Opfer der Konflikte konzentrieren und ihnen die Gelegenheit bieten sollen, ihr persönliches Schicksal und die erlebten Grausamkeiten zu erzählen und öffentlich zu machen. Dass die Einteilung in Täter und Opfer dabei keinesfalls eindeutig ist, da sich Betroffene in ganz unterschiedlicher Weise an die Vergangenheit erinnern und damit auch die Wahrheit von der jeweiligen Perspektive abhängig wird, liegt auf der Hand – dennoch streben die Kommissionen Vergangenheitsversionen mit gesellschaftlicher Gültigkeit an, auf die politische, rechtstaatliche Reformen oder sogar strafrechtliche Verfahren folgen können.

Weitere Informationen zur Wahrheitskommission:

- [Deutsche Welle: Wahrheitskommissionen – ein Weg zur Versöhnung?](#)
- [Truth and Reconciliation Commission in South Africa \(TRC\)](#)
- [Pumla Gobodo-Madikizela: Why memories of the Truth and Reconciliation Commission still ache](#)
- [Resolution des UN-Sicherheitsrats zur Wahrheitskommission in Burundi](#)



Unterstützungsmission der Vereinten Nationen für Ruanda (UNAMIR)

»Das ist alles so lange her, nur die Erinnerung von jemand anderem, die fast meine geworden wäre, ich saß nur zufällig dabei an einem Abend, als keiner darauf achtete, dass ich bereits im Bett zu sein hatte, wir sahen die Soldaten mit ihren blauen Baskenmützen im Gleichschritt auf die Kamera zu marschieren ... «

Die Unterstüztungsmission der Vereinten Nationen für Ruanda war eine UN-Mission, die die Durchsetzung des [Arusha-Abkommens von 1993](#) garantieren sollte. Das Mandat des UN-Sicherheitsrats umfasste verschiedene Aufgaben, unter anderem die Überwachung der Sicherheitssituation in [Ruanda](#) und die Einrichtung einer entmilitarisierten Zone. Mit dem Beginn des Genozids offenbarte sich jedoch die unzureichende Präsenz und Stärke der Mission, die der Situation in Ruanda nicht gewachsen war. In einem Bericht der Unabhängigen Untersuchungskommission zur Aufarbeitung des Völkermords aus dem Jahre 1999 wird den Vereinten Nationen und ihrer Unterstüztungsmission für Ruanda angesichts der mangelnden Handlungsbereitschaft zu Beginn des Völkermords schweres Versagen vorgeworfen.

Weitere Informationen zur UNAMIR:

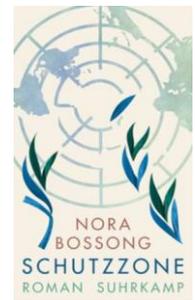
- [Süddeutsche Zeitung: Völkermord in Ruanda – Chronik des Versagens](#)
- [AG Friedensforschung: Bericht der Unabhängigen Untersuchungskommission vom 15. Dezember 1999 zum Verhalten der Vereinten Nationen während des Völkermords in Ruanda 1994](#)
- [jeuneafrique.com: Lors du génocide des Tutsi au Rwanda, «l'ONU était au cœur d'une campagne de déni»](#)

Personen

Juvénal Habyarimana

»Pietros Blick streifte mich, und im Himmel hob sich blinkend ein Flugzeug vor dem dunklen Grund ab, ist der Flughafen um diese Zeit noch geöffnet?, fragte ich Antoine, und ich stellte mir vor, wie der Präsident dort oben am Himmel saß, und in wenigen Minuten würde sich ein Schuss lösen, die Maschine rotglühend herabstürzen, wie damals, im April 94 über Kigali ...«

Juvénal Habyarimana kommt in *Schutzzone* nicht namentlich vor, dennoch wird der ehemalige Präsident Ruandas mehrfach indirekt erwähnt: Durch einen Staatsstreich im Jahr 1974 an die



Macht gekommen, war Habyarimana bis zu seinem Tod am 6. April 1994 Präsident von [Ruanda](#) und gehörte der Partei MRND an. Er starb beim Abschuss eines Flugzeugs, in dem er sich zusammen mit dem damaligen burundischen Präsidenten Cyprien Ntaryamira befunden hatte. Habyarimanas Ermordung gilt als Hauptauslöser für den Völkermord in Ruanda, bei dem schätzungsweise 800.000 Menschen ums Leben kamen.

Weitere Informationen zu Juvénal Habyarimana:

- [AG Friedensforschung: Bericht der Unabhängigen Untersuchungskommission vom 15. Dezember 1999 zum Verhalten der Vereinten Nationen während des Völkermords in Ruanda 1994](#)
- [Aviation Safety Network: Bericht zum Flugzeugunglück](#)
- [jeuneafrique.com: Attentat du 6 avril 1994](#)
- [blackpast.org: Juvénal Habyarimana](#)

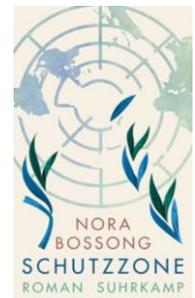
Melchior Ndadaye

»... die Vereinten Nationen scheiterten während einiger Tage im April 1994, in Ruanda sendete man die Zehn Gebote der Hutu im Radio, ein halbes Jahr nachdem der burundische Präsident Melchior Ndadaye ermordet worden war ...«

Melchior Ndadaye wurde im Juni 1993 der erste demokratisch gewählte Präsident [Burundis](#). An der Spitze der hauptsächlich durch Hutu unterstützten Partei FRODEBU regierte er das Land jedoch nur vier Monate: Bei einem Putschversuch wurde Ndadaye von Tutsi-Soldaten entführt und getötet.

Weitere Informationen zu Melchior Ndadaye:

- [ARTE: Das Trauma des Bürgerkriegs](#)
- [jeuneafrique.com: Le jour où le président Melchior Ndadaye fut assassiné](#)



Pierre Nkurunziza

»Und nach Ruanda war doch niemand geläutert, man kam nur mit neuen Schlagwörtern: Perspektiven, Zukunft. Wie aus einer Werbeanzeige für eine bessere Welt. Hat ja wunderbar geklappt. Jetzt brennen in Bujumbura wieder die Straßen. Der Präsident bricht die Verfassung, um an der Macht zu bleiben, und wer sich ihm widersetzt, verschwindet oder schafft es mit etwas Glück noch ins Exil.«

Pierre Nkurunziza ist seit 2005 regierender Präsident [Burundis](#) sowie Vorsitzender *des Conseil national pour la défense de la démocratie – Forces de défense de la démocratie* (CNDD-FDD), einer Organisation die aus der ehemaligen lokalen Rebellenorganisation der Volksgruppe der Hutu hervorgegangen ist. Als Nkurunziza im Jahr 2015 eine verfassungswidrige dritte Amtszeit anstrebte, kam es in Burundis Hauptstadt Bujumbura zu Ausschreitungen, Gewalt und einem Putschversuch, den Nkurunziza gewaltsam niederschlagen ließ. Unterdessen nutzt Nkurunziza die Unruhen im Land, um seine eigene Macht zu stärken und Burundi zu einem Einparteiensstaat umzubauen. Er ist weiterhin im Amt.

Weitere Informationen zu Pierre Nkurunziza:

- [Bundeszentrale für politische Bildung: Innerstaatliche Konflikte in Burundi](#)
- [ZEIT ONLINE: Burundi – Heftige Kämpfe nach Putschversuch gegen den Präsidenten](#)
- [Ketty Nivyabandi: Petit garçon](#)
- [jeuneafrique.com: Pierre Nkurunziza](#)